

Perspektiven einer europäischen Berufspolitik

Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW) ist Gründungsmitglied der FEE, Fédération des Experts Comptables Européens, Brüssel, die im Jahr 1986 aus einem Zusammenschluss der Organisationen UEC und Groupe d'Etudes des Experts Comptables de la CEE entstand. In die Arbeit dieser Organisation sowie deren Vorläufer haben sich viele Kollegen und auch die Mitarbeiter des Instituts erfolgreich eingebracht. Der Vorstand des IDW hat vor einiger Zeit entschieden, im Interesse der Repräsentation des deutschen Berufsstandes auf internationaler Ebene sowohl das Engagement bei der IFAC als auch vor allem bei der FEE weiter zu verstärken.

Die vier wesentlichen Arbeitsgebiete der FEE sind Corporate Reporting, Audit and Assurance, Tax und Public Accounting. Die Geschäftsstelle, an deren Spitze CEO *Olivier Boutellis-Taft* steht, koordiniert die Arbeit der FEE und auch die sehr zahlreichen Kontakte zu den europäischen Behörden und anderen Organisationen. Die eigentliche Facharbeit wird in den sogenannten Working Parties bzw. Policy Groups sowie Task Forces geleistet. Die FEE hat 13 Fachgremien; der deutsche Berufsstand ist in allen Gremien aktiv vertreten; er stellt in sechs Gruppen den Vorsitzenden und in einem weiteren Gremium den stellvertretenden Vorsitzenden. Ferner gibt es das SMP-Forum, das vor allem die Belange der mittleren und kleineren Kanzleien vertritt.

Man muss zur Beurteilung der Struktur der FEE und ihrer Arbeitsweise in Betracht ziehen, dass die FEE eine typische Dach-Organisation ist, d.h. Mitglieder der FEE sind die nationalen Institute oder Kammern; die FEE hat keine direkten Mitgliedschaften von Berufsangehörigen oder Berufsgesellschaften. Derart vertritt die FEE die Interessen von 800.000 Berufsangehörigen. Diese Struktur stellt besondere Anforderungen an die Kommunikation und auch den Aktionsradius der FEE. Letzterer ist dadurch begrenzt, dass den FEE-Mitgliedern die Möglichkeit offen stehen muss, ihre nationalen Interessen in Brüssel wahrzunehmen, ohne jedoch die – z.T. im Kompromisswege gefundene – jeweilige FEE-Position zu unterterminieren. Hier die richtige Balance zu finden, stellt eine besondere Herausforderung dar.

Die zurückliegende Debatte um die Regulierung der gesetzlichen Abschlussprüfung hat deutlich gezeigt, dass der Einfluss nationaler Berufsorganisationen bei den Gremien der EU beschränkt ist. Dies liegt vorwiegend daran, dass die Europäische Kommission und die zuständigen Direktionen zunehmend an Gewicht gewinnen, während die hauptsächlich im Parlament



Prof. Dr. W. Edelfried Schneider

Deputy President der
Fédération des Experts
Comptables Européens (FEE)

Vorsitzer des IDW Verwaltungsrats

Vorsitzer der IDW Landesgruppe
Rheinland-Pfalz

und im Ministerrat vorgetragenen nationalen Vorstellungen zurückgedrängt werden. Diese Entwicklung gipfelt in der Verabschiedung europäischer, in den Mitgliedsstaaten unmittelbar anwendbarer Rechtsnormen – sog. EU-Regulations – einschließlich der Ermächtigung zum Erlass von Anwendungsverordnungen anstelle von Directives, die erst noch der Umsetzung in nationales Recht bedürfen und in aller Regel dem sogenannten „Prinzip der kumulativen Harmonisierung“ folgen.

Künftig ist zu erwarten, dass als Ansprechpartner der neuen europäischen Institutionen, wie EZB, ESMA, EBA oder EIOPA, weniger die nationalen Berufsorganisationen fungieren werden, sondern in erster Linie die europäischen Berufsvertretungen. Dies ist besonders relevant für das Segment der PIE-Prüfungen und stärkt den Einfluss von FEE, ist jedoch gleichzeitig mit einer gestiegenen Verantwortung verbunden. Dem trägt der deutsche Berufsstand Rechnung: Er stellt die Vorsitzenden der

FEE Banks Working Party sowie der FEE Insurance Working Party und leistet damit einen nicht zu unterschätzenden Beitrag. Beide Funktionen sind mit der Mitgliedschaft in der FEE Financial Services and Capital Markets Union Tasks Force verbunden.

In Brüssel schaut man also zuvorderst auf den Kapitalmarkt und daneben auf das Segment der SME. Zwar gibt es in der EU rund 20 Millionen kleine und mittelgroße Unternehmen, davon haben jedoch 90% weniger als zehn Mitarbeiter. Hier gilt es neue überzeugende Konzepte zu entwickeln, um dem Berufsstand auch im SME-Sektor eine tragfähige Zukunft zu geben.

Die vier genannten Arbeitsgebiete stellen erhebliche Anforderungen an die fachliche Expertise der FEE. Während Corporate Reporting und Audit vorwiegend das relativ enge PIE-Segment ansprechen, entfalten die Arbeitsbereiche Tax und Public Accounting sehr breite Wirkungen. Leider wird dem Public (Accruals based) Accounting zumindest auf Bundesebene in Deutschland keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt; hier haben wir Nachholbedarf. EUROSTAT hat die m.E. richtige Devise ausgegeben, dass bis Ende des Jahres 2020 sämtliche öffentlichen Haushalte entsprechend Rechnung legen müssen.

Im Bereich der Steuern ist die Diskussion um eine gerechte, auch ländermäßig ausgewogene Besteuerung in einer Breite entbrannt, wie man sie nie zuvor gesehen hat. Es ist zu erwarten, dass diese Debatte nicht abflachen wird, auch wenn die Umsetzungsmöglichkeiten und Konzepte, wie CCCTB (Common Consolidated Corporate Tax Base) oder BEPS (Tax base erosion and profit shifting), noch lange nicht die gewünschte Wirkung bringen werden. Der deutsche Berufsstand ist an das geltende Berufsrecht gebunden, das den Berufsangehörigen dazu verpflichtet, dem Mandanten Steueroptimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen, während die Kollegen aus Ländern ohne staatliche Regulierung der Steuerberatung in diesem Zusammenhang eine lebhaftere Diskussion um Moral, Menschenrechte, Reputation und viele andere Dinge führen, die m.E. nicht zielführend ist. Hier kommt es berufspolitisch darauf an, unsere qualifizierte, staatlich examinierte Ausbildung sowie die einer strengen Berufsaufsicht unterliegende Tätigkeit im Bereich der Steuerberatung hervorzuheben.